



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Jentsch, Carl: Das russische Agrarproblem

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

andern Bahnen günstig gestellt. Sie wird ohne weiteres den nicht unbedeutenden Nyassaverkehr an sich ziehen und wahrscheinlich die geplante portugiesisch-englische Parallelbahn, die wesentlich länger ist, hintertreiben. Außerdem durchquert sie auf ihrer ganzen Länge gutes Kulturland, besonders Baumwollland, und würde sofort die geplante Baumwollkultur in großem Stil in verhältnismäßiger Küstennähe ermöglichen. Endlich findet sie an ihrem Endpunkte brauchbare Kohlenlager vor, also billige Betriebsmittel, ein Umstand, der im Hinblick auf die dortigen hohen Kohlenpreise nicht unbedeutend bei der Rentabilität mitsprechen würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der sofortige Bau der Südbahn einem spätern planmäßigen Vorgehen den Boden bereiten würde. Gerade diese Bahn ist wie keine andre befähigt, der Öffentlichkeit die guten Aussichten unsrer Kolonialbahnen vor Augen zu führen und der weitem Erschließungstätigkeit einen moralischen und wirtschaftlichen Rückhalt zu schaffen.

Vor allem ist dringend zu raten, endlich bei der Stange zu bleiben und nicht fort und fort von einem Projekt zum andern zu schwanken. Wir sind noch keineswegs über den Berg. Ob die Kolonialfreundlichkeit der augenblicklichen Reichstagsmehrheit allen Anforderungen der Kolonien standhalten wird, ist noch nicht unbedingt sicher. Wir haben noch keine Garantie, ob die nationale Linke im Reichstage nicht vor den Kosten eines großen Eisenbahnnetzes in den Kolonien zurückschrecken wird. Die Regierung kann dem nur durch gewissenhafte, streng objektive Aufstellung ihrer Forderungen begegnen. Der Reichstag muß den Eindruck gewinnen, daß die künftigen Eisenbahnvorlagen ausschließlich nüchternen wirtschaftlicher Erwägung entspringen.

Sedenfalls sollte man nicht länger zögern. Die Lösung der kolonialen Eisenbahnfrage ist unsre dringendste Aufgabe, und das neue Reichskolonialamt könnte sich durch nichts besser einführen als durch Beschleunigung der Entscheidung. Es sollten sich doch wohl Mittel und Wege finden, die geplante Reform vorzubereiten, ohne daß dadurch dringende Aufgaben liegen bleiben. Die deutsche Industrie, das deutsche Kapital ist bereit, sich an der Erschließung der Kolonien tätig zu beteiligen und wartet nur auf die Verkehrsmittel, um geplante Unternehmungen verwirklichen zu können. Man sollte solchen Bestrebungen möglichst rasch entgegenkommen. Zeit ist Geld!



Das russische Agrarproblem



Im 9. Heft haben wir die Leser auf die Beilage zum 23. Bande von Brauns Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik aufmerksam gemacht, die Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus von Max Weber enthält. Der Band (237 Seiten in engem kleinem Druck) ist keine Geschichte und kann als Bericht über gegenwärtig Geschehendes, wie der Verfasser selbst sagt, keine sein, sondern eine Chronik; freilich nicht im ältern Sinne des Wortes,

da sie von einem kritischen und wohlunterrichteten Beobachter geschrieben wird. (Sie hat im 22. Bande begonnen und wird ohne Zweifel fortgesetzt werden.) Für den zukünftigen Geschichtschreiber ist sie eine Quelle von unschätzbarem Wert. Aber eben weil der gewissenhafte Chronist keins der zahlreichen Geschehnisse und keine der gepflognen Erörterungen, die nur irgend Bedeutung hat, übergeht, wird sie außer den Historikern von Beruf wenig Leser finden. Und doch ist zu wünschen, daß viele das Wesentliche daraus erfahren, weil nur dessen Kenntnis ein begründetes Urteil über den weltgeschichtlichen Vorgang und einige Voraussicht der Zukunft ermöglicht. Im folgenden soll versucht werden, aus der verwirrenden Fülle von Einzelheiten das Wesentliche in Beziehung auf die wichtigsten Fragen, die Agrarfragen, herauszuschälen.

Weber geht von den Beratungen des am 5. Januar 1906 abgehaltenen zweiten Kongresses der Kadetten aus und dem Agrarprogramm, das sie dann im Mai auf dem dritten Kongreß aufgestellt haben. Es traten zwei Richtungen hervor. Die Mehrheit wollte die „Nationalisierung“ des Grund und Bodens. Es sollte durch Enteignungen ein möglichst umfangreicher Landfonds geschaffen werden, aus dem der Staat den Bauern gegen mäßigen Pachtzins Acker anweisen könne. Die Minderheit hielt die Enteignung von Privatgrundstücken für gefährlich, wollte nur Domänen und Apanageland verwenden und sich im übrigen auf unbedenkliche Reformen wie Regelung der Pachtbedingungen und eine progressive Grundsteuer beschränken; diese sollte der Steigerung des Bodenpreises Einhalt tun. Eine solche ist nämlich trotz der Armut der Bauern, dem sinkenden Getreidepreise und dem gerade im Schwarzerdegebiet sinkenden Ertrag eingetreten als Wirkung des Landhungers, der mit dem wirklichen Hunger zusammen das Urphänomen, wie Goethe sagen würde, ausmacht. Die durchschnittliche Größe der bäuerlichen Landanteile genügt bei dem herrschenden primitiven und extensiven Betriebe weder zur Ernährung der ganzen Familie noch zur Beschäftigung aller arbeitsfähigen Familienmitglieder. Da überdies noch, wie wir schon von Wallace erfahren haben, die wohlfeile Fabrikware den bäuerlichen Hausfleiß vernichtet hat, so liegen drei Viertel bis vier Fünftel der Arbeitskräfte brach. Vervollkommnung der Technik durch Einführung besserer Werkzeuge und besserer Düngung würde, wenn sie unter den heutigen Verhältnissen möglich wäre, den Ertrag steigern, aber noch nicht den Bedarf an Arbeitskräften erhöhen. Diese zweite Wirkung wäre erst vom Anbau verschiedener Früchte und Handelsgewächse zu erwarten, die mehr Arbeit fordern würden als der jetzt allein herrschende Getreidebau, und die außerdem den Fruchtwechsel ermöglichen und die Brache beseitigen würden. Doch ist es leider fraglich, ob der Boden überall die für diese Änderung erforderliche Beschaffenheit hat. Gar nicht fraglich aber, sondern gewiß ist, daß folgende Bedingungen fehlen: ein naher Markt für Handelsgewächse, Gemüse, Obst und dergleichen in den meisten bäuerlichen Gebieten, Kapital und als dessen Ersatz Kreditwürdigkeit der Bauern überall. Und für die Kapitalbildung wiederum fehlt die Grundbedingung: die Möglichkeit zu sparen. Der russische

Bauer wirtschaftet gleich dem Staate, dessen Hauptbestandteil er ausmacht, mit chronischem Defizit. „Die Einschränkung des Trunkes und die Erleichterung der Steuern könnte erst nach langen Jahren erhebliche Ersparnisse ergeben; die umfassendsten und verzweigtesten Personalkreditorganisationen einerseits, Absatzorganisationen für das Getreide andererseits, genossenschaftliche Erziehung des Bauern und alle ähnlichen Mittel würden erst in zwei bis drei Dezennien wirklich bemerkbare Ergebnisse zeitigen können, und zwar für eine durch Differenzierung zu gewinnende Elite aus der Bauernschaft. Inzwischen aber stiege die Not ihrer sich stetig vermehrenden Masse in unerhörtem Maße, zumal da der Bauer überdies durch das nicht zu hindernde Absterben des alten Hausfleißes in stetig zunehmendem Maße auf geldwirtschaftliche Bedarfsdeckung angewiesen wird, zu der er sich immer weniger imstande zeigt. Rechnet man nun mit den heute gegebenen geschäftlichen und ökonomischen Qualitäten des Bauern als mit einer jedenfalls nur sehr allmählich umzugestaltenden gegebenen Größe, dann allerdings erscheint die Vermehrung ihres Landbesitzes um jeden Preis als die für die Gegenwart schlechthin nicht zu umgehende Voraussetzung alles weitern, insbesondere auch der Möglichkeit der Selbsthilfe.“

Nun mehrt sich ja der Bauernacker heute schon ohne umstürzlerische Maßregeln durch legitimen Kauf. Eine Tabelle gibt an, für wieviel Rubel die verschiedenen Bevölkerungsklassen in den Jahren 1863 bis 1892 Land gekauft und verkauft haben. Um nur die größten Posten anzuführen, so haben die Adlichen für 638 Millionen Rubel mehr verkauft als gekauft. Dagegen haben mehr gekauft als verkauft: Geldleute, hohe Beamte und Kaufleute um 183, Bauern (einzelne, Genossenschaften und Dorfschaften) um 242 Millionen. Allein diese bäuerlichen Käufer zahlen so übertriebene Preise, daß der Reinertrag keine Ersparnisse ergeben kann; als Arbeiter bei Gutsherrschaften steht sich der Bauer meistens besser als in der eignen Wirtschaft, zumal in einer zu hoch bezahlten. Und überdies gehören die Käufer natürlich nicht der bedürftigsten Schicht an, sondern der „Dorfbourgeoisie“. (Wie frühere Bearbeiter des Gegenstands sich ausgedrückt haben: der ehrsamten Zunft der Dorfwucherer, die die Not der Mehrzahl ihrer Standesgenossen ausbeuten und dadurch steigern.)

Also diese Art Selbsthilfe führt nicht zum Ziel; der Staat, scheint es, muß eingreifen. Sollte aber die Regierung nicht bloß eingreifen — dazu hat sie schon einen Anfang gemacht —, sondern durchgreifen wollen, so würde sich eine Reihe von Schwierigkeiten erheben, die imstande wären, die Befetzung der maßgebenden Ministerien zu verhindern, da sich gerade einsichtige und gewissenhafte Männer nicht leicht dazu entschließen würden, die Verantwortung für ein so ungeheures und ungeheuerliches Werk zu übernehmen. Zunächst entsteht die Frage, ob die Verteilung des zu konfiszierenden Landes nach der *trudowaja norma* oder nach der *potrebitjelnaja norma* vor sich gehn soll.

Mit der ersten ist gemeint, daß der Bauer genug erhalten soll, seine und der Seinen Arbeitskraft voll auszunutzen. „Das Land ist Gottes; es darf nur denen überlassen werden, die es selbst bearbeiten, jeder von diesen aber muß so viel bekommen, als er bearbeiten kann.“ Die andre Norm besagt: jede Familie soll soviel bekommen, als zur Deckung ihrer Bedürfnisse erforderlich ist. Die erste der beiden Normen proklamiert das Recht auf Arbeit, ist demnach, wie Weber hervorhebt, modern und revolutionär, die zweite setzt das mittelalterliche Recht auf Existenz, auf Nahrung voraus. Da aber diese Normen sehr schwierige Erhebungen verursachen würden (je nach der Bodenbeschaffenheit, dem Klima und der Qualität der Bauern genügen für die angegebenen beiden Zwecke sehr verschiedene Ausmaße), so hat man noch eine dritte, die historische Norm, vorgeschlagen: es soll entweder das 1861 bei der Emanzipation bestimmte Maximalmaß oder die heutige Durchschnittsgröße des Familienbodenanteils als Minimum festgesetzt werden. Für alle drei Arten von Versorgung würde nun das Land, auch wenn der größte Teil der Gutsherrschaften mit verwandt würde, nicht ausreichen. Das heißt das Land an sich schon, aber nicht das wirtschaftlich benutzbare Land, und nicht bei der gegenwärtigen unvollkommenen Betriebsart. Von den vielen Berechnungen, die Weber mitteilt, und die natürlich sehr weit auseinandergehn, wollen wir nur eine vergleichende erwähnen, die Weber selbst aufstellt, für den Fall, daß die Norm von 1861 angenommen wird. „Deutschland hatte 1895 an männlichen Erwerbstätigen, deren Hauptberuf Landwirtschaft war (Wirte, Arbeiter und Diensthoten zusammen), $5\frac{1}{2}$ Millionen. Der Seelennadkel [Nadkel heißt der nach der russischen Agrarverfassung jedem zustehende Landanteil] des Jahres 1861 betrug im Mittel 5 Desjätinen ($5\frac{1}{2}$ Hektar). Wollte man alle jene deutschen Erwerbstätigen, deren Hauptberuf Landwirtschaft ist, mit einem solchen Landausmaß ausstatten, so würden dazu nur 30 Millionen Hektar gehören; die landwirtschaftlich benutzte Fläche Deutschlands ist etwas größer: $32\frac{1}{2}$ Millionen Hektar. In Rußland aber soll nicht auf jeden männlichen Erwerbstätigen, sondern auf jede männliche Seele der Bauernschaft, die Säuglinge einbegriffen, eine solche Minimalfläche kommen. Das würde für Deutschland rund $10\frac{1}{2}$ Millionen männliche Seelen bedeuten, also etwa 57 Millionen Hektar. Und hierzu müßten, da auch die nebenberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten berücksichtigt werden sollen, noch reichlich 10 Millionen Desjätinen hinzugefügt werden, woraus sich ein Bedarf von 67 Millionen Desjätinen, also etwas über das Doppelte der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands ergibt. . . . Man muß, um Vergleiche zwischen Deutschland und Rußland zu ziehen, fragen: bei welchem Landausmaß kann in Deutschlands Agrargegenden eine Bauernfamilie selbständig ohne dauernden Nebenverdienst bestehen? Das ist auf den mittlern Sandböden des deutschen Ostens bei etwa 5 Hektar, $1\frac{3}{4}$ bis 2 Hektar auf die männliche Seele, der Fall; also bei demselben Ausmaß, bei dem die russische Bauernschaft auch auf der Schwarzerde

hungernd verkommt, revoltiert und für jeden Faden Land, wenn sie irgend kann, Wucherpreise zahlt. Die ganze gewaltige Differenz der Arbeitsergiebigkeit spricht sich darin aus; die der Arbeitsintensität aber darin, daß jene 5 Hektar pro Familie oder 2 Hektar pro Mann den kleinen deutschen Bauern des Ostens und seine Familie auch annähernd vollständig beschäftigen, während der entsprechende Seelennadje! in Zentralrußland nur 21 bis 23 Prozent der vorhandenen Arbeitskraft in Anspruch nimmt." (Bei Wein-, Obst-, Hopfen-, Gemüsebau genügt bekanntlich eine noch weit kleinere Fläche sowohl für die Beschäftigung wie für den Unterhalt der Familie.) So also steht es, wenn gar nicht Vergrößerung des durchschnittlichen Nadjels gefordert wird, sondern nur, daß dieser als Minimum festgesetzt werde, und daß alle Bauernwirtschaften, die ihn nicht erreichen, bis zu diesem Minimum ergänzt werden sollen. Was die Berechnungen der für die Verteilung zur Verfügung stehenden Landflächen betrifft, so ist zu bemerken, daß sie vorläufig in der Luft schweben, weil eine zuverlässige Statistik fehlt, und daß die Frage, wie bei einer etwaigen Verteilung mit den Waldbeständen verfahren werden sollte, die soeben beschriebene erste Schwierigkeit nicht wenig erhöht.

Die zweite liegt in der Frage: wer denn zum Anspruch auf den nach irgendeiner Norm abgemessenen Landanteil zugelassen werden soll? „Sie ist deshalb nicht so einfach, weil ja die rechtliche Zugehörigkeit zur heutigen bäuerlichen Gemeinde nicht mit der ökonomischen Qualität eines Bauern, ja überhaupt eines irgendwie landwirtschaftlich Tätigen zusammenfällt.“ Der Mirgenosse, der auswärts Arbeit sucht, verliert dadurch nicht seinen Anspruch auf einen Miranteil. In mancher Fabrik besteht nur ein Zehntel des Arbeiterpersonals aus Leuten, die nicht mehr einer Dorfgemeinde „zugegeschrieben“ sind; im Durchschnitt berechnet man die Zahl der Fabrikarbeiter, die den Zusammenhang mit dem Dorfe verloren haben, auf die Hälfte. Sollen also alle, die dem Rechte nach Bauern sind, oder nur die in der Landwirtschaft tätigen oder gar nur die Hofbesitzer mit Landanteilen bedacht werden? Und wie soll es mit landwirtschaftlich tätigen Parzellenbesitzern gehalten werden, die keiner Bauerngemeinde angehören, die also dem Rechte nach keine Bauern sind? Eine dritte Schwierigkeit erwächst aus dem Umstande, daß die zu kleinen Anteile meistens nicht mit Äckern ergänzt werden könnten, die in der Nähe liegen; es gibt nicht in oder bei jedem Dorfe einen Großgrundbesitzer, der expropriert werden könnte. Es müßten also Massenumfiedlungen vorgenommen werden. Gegen solche sträuben sich sowohl die Bauern, die fortziehen sollen, weil sie zu unbehilflich sind, sich leicht an die Wirtschaftsbedingungen einer andern Gegend anzupassen (es würde sich meistens darum handeln, Bauern des ziemlich dichtbevölkerten Schwarzerdegebiets in nördlichere Waldregionen zu verpflanzen), als auch die Bauern der Gebiete, die die neuen Ansiedler aufnehmen sollen. Diese würden besonders über Einschränkung der Wald- und Weidenutzung klagen, an die sie gewöhnt sind. Eine vierte Schwierigkeit

würde daraus erwachsen, daß die Landverteilung einen weitem Rückgang des ohnehin tieffstehenden Betriebs und demgemäß auch des Ertrags, für den Anfang wenigstens, zur Folge haben müßte. Einmal weil die Gutsbesitzer expropriert werden würden, deren Wirtschaftsweise durchschnittlich bedeutend höher steht als die der Bauern, und von denen nicht wenige auf ihren Gütern Musterwirtschaften eingerichtet haben sollen. Mit Rücksicht darauf hatten denn auch schon die Redner des Agrarkongresses im Mai 1905 empfohlen, einen Teil des Großgrundbesitzes, und namentlich die Musterwirtschaften, von der Expropriation auszuschließen. (Das Kadettenprogramm hat den Ausschluß aller Ländereien von besonderem Kulturwert angenommen. Von seinen übrigen Vorschlägen sind die wichtigsten die Bildung eines in Anteilen zu verpachtenden Landfonds, und daß vorzugsweise die Landärmsten und Landlosen bedacht werden sollen.) Dann aber auch, weil, wie eben bemerkt wurde, nach dem Kadettenprogramm wenigstens bei der Ausstattung die Landlosen und Landärmsten den Vortritt haben sollen, „also die, die weder nach ihrem Kapital- oder Inventarbesitz noch nach ihrer Übung in Führung einer selbständigen Wirtschaft ökonomisch qualifiziert sind. Das ist die Wirkung des ethisch-sozialrevolutionären Prinzips, das die ökonomische Auslese umkehrt. Ein sehr starker Rückgang der Kulturintensität, der auch bei umfassendster Aufbietung aller nur denkbaren Mittel, wie sie die Semstwo's, trotz ihrer beschränkten Finanzkraft, zur Hebung der bäuerlichen Kultur mit bekanntlich höchst respektablen Erfolgen anwenden, doch erst in Jahrzehnten wieder eingeholt werden könnte, wäre schon aus diesem Grunde unausbleiblich, ebenso sorgsamste Schonung der Steuerkraft der Bauern, Verzicht auf das heute in der Handelsbilanz unentbehrliche Ausmaß der Getreideausfuhr, Rückgang der im Budget die ganze Rüstung Rußlands deckenden Schnapsbrennerei [die ganze Rüstung? der größere Teil wird doch wohl aus den Anleihen bestritten?] und wohl auch der Zuckerproduktion [da der russische Bauer bei seiner Art Wirtschaft unmöglich Zuckerrüben bauen kann]. Ein starker zeitweiliger Rückgang der Geldwirtschaft wäre die weitere Folge. Geht alles glatt, und gelingt die Erziehung der Bauern, dann mag nach einer Generation ein freies, mächtig blühendes Rußland erstehen, auf wesentlich festerer Basis stehend als das heutige. Aber um dieses Ergebnis herbeizuführen, müßte [wegen des Ausfalls an Erträgen aus Steuern, aus dem Branntweinmonopol und aus Kornausfuhr] der Staat ein Menschenalter hindurch aufhören, Großmacht zu spielen und Weltpolitik zu treiben, und das wollen nicht einmal die Demokraten.“

Was die bei einer Expropriation zu zahlende Entschädigungssumme betrifft, so ist sie für eines der schwebenden Projekte, dem des Kadetten Manuilow, von diesem selbst auf etwa 6, von seinem Gegner Kaufmann auf 12 Milliarden Mark berechnet worden. Die Zinsen dieser Kapitale dürfen nicht voll angeschlagen werden, weil die Bauern schon einen Teil des zu

expropriierenden Landes in Pacht haben, sodaß die Mehrbelastung der Bauern höchstens 100 Millionen Mark betragen würde. Und diese 100 Millionen würden sie nicht drücken, wenn sie es damit machten, wie mit der für die Emanzipation zu zahlenden Rente, die sie größtenteils schuldig geblieben sind. Weil keine Hoffnung war, die ungeheuern Rückstände einzutreiben, hat der Zar durch das Manifest vom 3. November 1905 die jährlich zu zahlenden 90 Millionen Rubel vom 1. Januar 1907 an erlassen, was Weber für sehr unklug erklärt: die Zahlungspflicht hätte als Gegenwert benutzt werden sollen, die Expropriation wenigstens des schon an Bauern verpachteten Gutlandes sowie der Kirchen- und Klosterländereien durchzusetzen. Wie sich Weber diese Kompensierung denkt, vermag ich mir, offen gestanden, nicht vorzustellen. Dagegen ist der andre Grund, den er gegen die Maßregel anführt, einleuchtend; wenn in Zukunft wieder einmal den Bauern für zugeteiltes Land eine Rentenpflicht auferlegt wird, so werden sie sich sagen: wir zahlen einfach nichts, dann muß und wird sie der Zar erlassen. Also für die Bauern existiert am Ende in diesem Punkte keine Schwierigkeit, desto mehr aber natürlich für die Gutbesitzer, und damit kommen wir zur letzten der Hauptschwierigkeiten, der großen Uneinigkeit der Beteiligten. Nicht allein die Interessen der Gutbesitzer und der Bauern stehen in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander, sondern auch die der Bauern nach Klassen und Gegenden. So zum Beispiel ist der ganze Westen „aus sehr begreiflichen nationalpolitischen Gründen gegen den staatlichen Landfonds: er fürchtet, daß bei der Pacht die Großrussen bevorzugt werden und so die Bodennationalisierung der Russifizierung dienen würde“. Es ist darum nach Weber ernstlich zu bezweifeln, ob auch nur das maßvollste aller Projekte, das der Kadetten, annäherungsweise von irgend-einer russischen Regierung wird durchgeführt werden können. Es mache Vorschläge, deren Ausführung einen leidenschaftsleeren Raum voraussetzen würde.

Wenn man die furchtbaren Leidenschaften und vor allem das Chaos der Interessenkonflikte innerhalb der Bauernschaft, die jeder Versuch einer systematischen und allgemeinen Landzuteilung hervorrufen würde, sich einen Augenblick vergegenwärtigt, so wird man sagen müssen: dazu wäre nur eine zugleich von streng demokratischen Idealen beseelte und mit eiserner Autorität und Gewalt jeden Widerstand gegen ihre Anordnungen niederzwingende Regierung fähig. [Ein Napoleon, schreibt er an einer andern Stelle.] Die Durchführung der Reformen selbst, ebenso aber die periodische Neuverpachtung so ungeheurer Areale an eine riesige Zahl von Einzelinteressenten ist, soweit wenigstens geschichtliche Erfahrung reicht, nur durch die Hand despotischer Regierungen unter stabilen ökonomischen Verhältnissen möglich. Die Millionen kleiner Staatspächter würden einen Kolonienstand bilden, wie ihn nur etwa das alte Ägypten und das Römerreich kannten. Dem bürokratischen Regiment fehlt jede Möglichkeit, jenen Idealen nachzugehen, überhaupt rücksichtslos gegen den Adel und die Grundbesitzerklasse zu regieren, einem demokratischen Ministerium dagegen würde die eiserne Autorität und die Rücksichtslosigkeit gegen die Bauern fehlen. Eine Zwangsenteignung ganz großen Stils also ist jedenfalls nicht sehr wahrscheinlich, was auch weiterhin in Rußland geschehen möge. Freiwilliger Landaufkauf ist, so lange die Bauern so unruhig

bleiben wie jetzt, zu relativ billigem Preise möglich; die Kosakenwache kostet den Gutsherren Geld, und ihre Lage ist äußerst unbehaglich. Aber der dazu erforderliche Kredit ist gerade in solcher Zeit für eine ganz große, für eine Milliardenaktion unerschwinglich, und die Bauern kaufen nicht [das zweite scheint, wie wir noch sehen werden, nicht zuzutreffen]. Wenn aber das Land erst wieder ruhig ist, so wird der Kaufpreis bei konstanter Kaufnachfrage des Staates oder der Landbank noch ganz anders als bei uns in der Provinz Posen empor schnellen; schon jetzt ist er, bei sinkendem Produktpreisen, im Laufe von etwa fünfzehn Jahren auf das Fünffache, in einzelnen Fällen auf das Zehnfache gestiegen.

Die Expropriation des Landes, heißt es dann weiter, das die Bauern schon in Pacht haben, ließe sich mit der Bauernbank wohl durchführen, und die Maßregel könnte gut wirken, wenn das zur Verfügung gestellte Land in freier Konkurrenz an die tüchtigsten Wirte überginge. Dieser Weg widerspricht aber der sozialrevolutionären Ideologie sowohl der Bauern wie ihrer Gönner unter den Gebildeten, einer Ideologie, die auch noch dem Agrarprogramm der Kadetten zugrunde liegt. „Allein vielleicht wird keiner von beiden Wegen beschritten, und der russische Bauer hat seinen Kalvariengang in Dual und Zorn weiterzugehen, bis teils der moderne Agrarkapitalismus, teils der moderne, an die gewerblichen Märkte sich anschmiegende Kleinbauernbetrieb auf erblich eignere Scholle auch in Rußland endgiltig gestiegen hat und damit die letzte Zufluchtstätte des Kommunismus und des ihm entsteigenden bäuerlichen revolutionären Naturrechts in Europa endgiltig verschüttet ist. Die Politik der gegenwärtigen Machthaber bewegt sich in dieser Richtung trotz starker Konzessionen an die revolutionären Gedankenkreise.“ Als eine solche sei das Agrarprojekt des Landwirtschaftsministeriums vom 13. Juni 1906 anzusehen, das zur Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes Staatsländereien zur Verfügung stellt und außerdem Privatgrundstücke, die die Bauernbank und der Fiskus im Wege des freien Verkehrs erwerben sollen. Zu den Streitfragen, die die Bauern unter sich entzweien, gehört auch die, ob und in welchem Umfange die halbkommunistische Agrarverfassung aufrecht erhalten werden soll. Die Gutsherren aber sind im Januar 1906 wild geworden, als sie erfuhren, daß im Ministerium ein Enteignungsprojekt ausgearbeitet werde. Das hat man zwar wieder fallen lassen, aber die Grundherren beharren in ihrer oppositionellen Haltung. Selbstverständlich wollen sie vor allem von Maßregeln, die den Bodenpreis drücken könnten, nichts wissen. „Diesen Hütern der nationalen Traditionen stand, wie bei uns, die Erzielung einer Hauffe der Bodenpreise über allen andern Rücksichten.“ Ihren Grundbesitz möchten viele ganz gern los werden, aber natürlich nur zu einem guten Preise. Diese Stimmung hat nun die Temperatur in den Semstvos, in denen vor der Revolution Grundherren und Bauern einträchtig zusammengearbeitet hatten, sehr ungemütlich gemacht. Die Verschärfung des Klassengegensatzes hat „den im Beginn der Umwälzungsperiode in der Front stehenden Semstvokongressen ein Ende bereitet und droht, die politische Physiognomie der Semstvos nach-

haltig zuungunsten der Demokratie zu verändern“. Zwar die Erzkonservativen, die die Bauernnot einfach leugnen, wie der Fürst Schtscherbatow, sind in der Minderheit, aber die Bauern stehen dem gesamten Grundbesitzerstande mißtrauisch und zum Teil feindlich gegenüber. Vor allem fordern sie, daß die Bauernabgeordneten im Semstwo die Mehrheit haben sollen. Eine solche Mehrheit aber, meint Weber ohne Zweifel mit Recht, würde eine sehr radikale, massiv egoistische Bauernpolitik treiben. „So stark zum Beispiel die Begeisterung für die obligatorische Volksschule bei den Bauern ist, so wahrscheinlich ist es, daß sie, sobald es sich um Leistungen handelte, ebenso versagen würde wie bei allen übrigen Kulturinteressen, denen die Semstvos heute dienen; nicht wegen der vermeintlichen Dummheit der Bauern, sondern weil die über alle Begriffe entsetzliche Lage ihrer Masse jeden Gedanken an fern liegende Ziele, an Verbesserungen, die ihnen nicht jetzt und unmittelbar nützen, völlig ausschließt.“

Webers Darstellung bestätigt zwei Folgerungen, die in den Grenzboten schon vor der russischen Revolution wiederholt, zum Beispiel im 4. Bande des Jahrgangs 1900 Seite 457 und im 4. Bande des Jahrgangs 1902 Seite 297 aus Berichten über russische Zustände gezogen worden sind: daß die russischen Regierungen ihrer Großmachtpolitik das Volk geopfert haben, und daß dieses jetzt dem Manne gleiche, der sich an seinem eignen Schopf aus dem Sumpfe herausziehen soll. Die Regierungen, die seit Peter Rußland zu europäisieren bemüht waren, haben immer nur an die Fassade und an die Kuppeln des Staatsgebäudes gedacht, aber niemals an die Grundlage. Sie haben wohl fleißig daran gearbeitet, Bauern und Gewerbetreibende als „Lastgemeinden“ zu organisieren, denen sie die Mittel für Diplomatie, Heer und Hofhaltung auspressen konnten, aber wie es um die wirtschaftliche Lage und Tätigkeit dieser Bauern und Gewerbetreibenden stand, danach fragten sie nicht. Die russischen Bauern mühen sich vergebens nicht bloß in einem verhängnisvollen Zirkel ab, sondern in mehreren. Weil sie keine Straßen und Schulen haben, bleiben sie arm, und weil sie arm sind, können sie weder Straßen noch Schulen bauen. Weil sie mittellos und unwissend sind, treiben sie eine elende Ackerwirtschaft, und weil sie jämmerlich wirtschaften, bleiben sie mittellos und unwissend und so fort. Das Heil könnte für sie nur von außen kommen. Was den Bauer wohlhabend macht, das ist die Kundschaft der benachbarten Stadt. Diese setzt ihn in den Stand, die Produkte eines starken Viehstandes zu verwerten, Gemüse, Obst, Handelsgewächse zu bauen, die mehr bringen als Getreide und Kartoffeln, und der Anbau mannigfacher Gewächse, der Fruchtwechsel, vermehrt nicht allein durch die Beseitigung der Brache den Ertrag der Gesamtfläche, sondern durch intensivere Kultur den jedes einzelnen Ackerstücks und erlöst von dem Unglück totalen Mißwuchses, weil niemals alle Früchte zugleich mißraten. Das Wetter, das der einen Frucht schadet, fördert eine andre. Den nordischen Völkern haben im Beginn ihrer Kulturentwicklung

das fränkische Großgut mit seinem von den Römern übernommenen Gewerbebetrieb und seiner rationellen Landwirtschaft und das Kloster die Stadt ersetzt. Vernbegierig und energisch, wie sie waren, sind sie mit dem, was sie auf dem Großgut und vom Kloster gelernt hatten, sehr rasch zum städtischen Leben übergegangen, und bei der Besiedlung Ostelbiens half zwar noch das Kloster, aber die Ansiedler kamen doch auch gleich schon in der richtigen Mischung an, indem Gewerbetreibende die Bauern begleiteten und als Verkehrszentren der bäuerlichen Bezirke Städte gründeten. Auf diese Weise wurde dann später Amerika besiedelt, das keine Klöster mehr nötig hatte. Demnach wäre nicht Vermehrung des Bauernackers das richtige Mittel, den russischen Bauern zu helfen, sondern Überführung von mindestens einem Drittel der bäuerlichen Bevölkerung ins Gewerbe, nicht in die Großindustrie, sondern ins Kleingewerbe und den anständigen Kleinhandel, die die Agrarbezirke mit kleinen Städten durchsetzen müßten. Und da die russischen Bauern aus eigenem Antriebe in diesen Umwandlungsprozeß nicht eintraten, so hätten ihn die Zaren durch Berufung einer großen Zahl von germanischen Ansiedlern und deren zweckmäßige Verteilung über das Land einleiten müssen, die die Erziehung des russischen Volkes in die Hand zu nehmen gehabt hätten.

Wie die Dinge jetzt liegen, wird die auswärtige Hilfe wohl nicht in dieser mittelalterlichen, sondern in moderner Form eingreifen. Die Schlesiische Zeitung, ein freikonservatives, demnach dem russischen Staate durchaus wohlgeneigtes und die Revolution verabscheuendes Blatt, meldete Ende Februar, die russische Regierung plane eine neue Milliardenanleihe, das ausländische Finanzkonfortium aber, an das sie sich gewandt habe, wolle nur unter der Bedingung darauf eingehen, daß ihm die russischen Eisenbahnen verpfändet würden, die es für längere Zeit in eigne Verwaltung nehmen würde. Auf diesen Vorschlag, der Rußland den europäischen Mächten gegenüber ungefähr die Stellung der Türkei anweisen würde, könne die Regierung natürlich nicht eingehen, meinte das Blatt. Ja, wenn sie aber muß? Auf immer neue Anleihen, mit deren Ertrage die Zinsen der vorhergehenden bezahlt werden, und auf das Kaufbedürfnis des hungernden Muschik allein können doch die Finanzen eines Großstaates nicht für alle Ewigkeit gegründet werden. Und muß Rußland darauf schließlich eingehen, so ist das noch etwas mehr als der Verzicht auf Großmachtpolitik, wozu sich, wie Weber hervorhebt, vorläufig nicht einmal die Demokraten verstehen wollen. Aus dem Netz von Verkehrsadern würde ja natürlich europäisches Blut ins Land strömen. Die deutschen, englischen, französischen Bahnbeamten würden Gewerbetreibende aller Art nach sich ziehen, und es würden wohl auch neue Städte gegründet werden. Das genannte Blatt veröffentlichte um dieselbe Zeit einen St. Petersburger Brief, in dem als ein schweres Unheil beklagt wird, daß die Regierung, dem revolutionären Drucke nachgebend, durch die Bauernbank den Grundbesitz mobilisiere. In der

3 $\frac{1}{2}$ Millionen Desjätinen angekauft; ein Drittel des Großgrundbesitzes sei schon vernichtet. Das müsse drei unheilvolle Wirkungen haben. Es müsse die sozialistische Strömung in den andern Staaten ermutigen. Es werde den Bodenertrag vermindern, weil das Land aus der bessern in die schlechtere Bewirtschaftung übergehe (wie ja auch Weber hervorgehoben hat), ohne Nutzen für die Bauern, die die Kaufgelder nicht verzinsen könnten und von der Scholle würden weichen müssen, wofern nicht ihre Schulden einfach erlassen, also die Gutsbesitzer um ihr Eigentum gebracht werden. Und diese Minderung des Nationaleinkommens müsse den ohnehin wankenden Staatsfinanzen einen neuen Stoß versetzen. Der Brieffschreiber bemerkt sehr richtig, von den wirtschaftlichen Zuständen Rußlands, die doch das Wichtigste in der gegenwärtigen Krisis seien, lese man wenig in der ausländischen Presse, weil diese sich scheue, die Inhaber von Rußlandwerten zu beunruhigen, die nach bekannter Kapitalistengepflogenheit vor solchen unangenehmen Wahrheiten die Augen fest geschlossen zu halten liebten.

Carl Jentsch



Der Norddeutsche Lloyd

Don Otto Kaemmel

Navigare necesse est, vivere non est necesse



ft genug kann man sich ärgern über die Politik gewisser deutscher Parteien, die noch immer nicht gelernt haben, das Vaterland über die Partei zu stellen, die immer zuerst fragen: Was nützt unsrer Partei?, die immer wieder auf den prinzipiellen Gegensatz der „Weltanschauungen“ zurückkommen, wie einst die Konfessionen auf ihr Dogma, und die in ihr eignes Spiegelbild so vernarrt sind, daß sie nicht müde werden, sich selbst zu rühmen, und dann können sogar Zweifel an einer großen Zukunft unsers Volkes aufsteigen, das in vierzig Jahren politisch so wenig gelernt hat. Da ist es eine wahre Herzensstärkung, von diesem kleintlichen Trödel den Blick zu richten auf das, was neben dem Heldennute unsrer Armee einheitlich zusammengefaßte Kräfte geleistet haben, was deutscher Bürgerfönn zustande gebracht hat, was den deutschen Namen hinausgetragen hat in alle Welt über See, noch ehe es ein Deutsches Reich, eine deutsche Flagge und eine deutsche Flotte gab, und was jetzt ein Stolz der Nation und eine kraftvolle Stütze ihrer vielbeneideten Weltstellung unter dem schwarzweißroten Banner ist, auf die größte Reederei der Welt, die heute mit einer Flotte von 184 Dampfern auf 32 Linien die Erde umspannt, auf den Norddeutschen Lloyd in Bremen.

Es war am 17. Oktober 1899, daß ich einen der neuen großen Reichspostdampfer des Lloyd, den König Albert, ein schwarzes, hochaufgebautes Riesenschiff, das alle andern im Hafen liegenden Dampfer weit überragte, von